

## Kurze Notizen

Reichspräsident von Hindenburg hat anlässlich des Todes des Rittmeisters a. D. von Morozowicz Frau von Morozowicz in einem persönlichen Handschreiben seine herzliche Teilnahme ausgesprochen.

Aus Santiago de Chile wird gemeldet, daß der Senat den deutsch-chilenischen Handelsvertrag einstimmig gebilligt hat.

Beamte des amerikanischen Schahamtes erklären, die Wertverminderung des Dollars habe die europäischen Kriegsschäden an Amerika um 40,94 v. H. vermindert.

Der mandchurische Ministerpräsident erklärte, daß die feierliche Krönung Puyis zum Kaiser von Mandschukuo am 16. März stattfinden wird.

## Feierliche Inthronisation

des neuen Bischofs von Berlin.

In der St. Hedwigs-Kathedrale wurde der neue Bischof von Berlin, Dr. Nikolaus Bares, feierlich inthronisiert. Unter den Gästen bemerkte man als Vertreter der Reichsregierung Vizeregierungsrat von Papen, ferner Reichsverteidigungsminister Freiherr Elz von Rübena, Staatssekretär Studart vom preussischen Kultusministerium, Ministerialdirektor Jäger, Vertreter der Länder und der Kommunalbehörden sowie der diplomatischen Vertretungen zahlreicher Staaten. In einer Ansprache wies der neue Bischof u. a. darauf hin, daß der Treue im Glauben die Treue zu Volk und Vaterland hinzugefügt werden müsse. Der Bischof sei geweiht als Volksbischof, im Volke stehend, weil vom Volke genommen, für das Volk bestimmt und verpflichtet für Volk und Vaterland. Freudig bekenne er sich zu seiner Pflicht, einzutreten für Staat und Obrigkeit. Auch die Gemeinde müsse sich ihrer Pflicht bewußt bleiben und ihrem Bischof folgen.

Beim Verlassen der überfüllten Kathedrale wurde der Bischof von der draußen harrenden Gemeinde begrüßt.

## Kommunistischer Fememord

Bier Funktionäre auf der Flucht erschossen

Potsdam, 3. Februar.

Dem geheimnisvollen Verbrechen an dem Tischler Kattner in Rowawes sind die Beamten der Staatspolizeistelle Potsdam, die sofort im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt die Ermittlungen aufnahmen, sehr bald auf die Spur gekommen. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß der noch nicht gefasste Mörder des Tischlers Kattner in Verbindung mit dem noch nicht restlos zerlegten kommunistischen Geheimapparat in Verbindung gestanden haben muß.

Der ermordete Tischler Kattner war früher leitender Funktionär in der KPD und ein naher Vertrauensmann Thälmanns. Auf Grund seiner bisher gemachten Aussagen war er der Kronzeuge in dem bevorstehenden Hochverratsprozeß gegen Thälmann; durch die Betundungen Kattners sollte erneut das Hochverratsverbrechen der Kommunisten unter Beweis gestellt werden. Von kommunistischer Seite war Kattner wiederholt aufgefordert worden, nach Rußland zu gehen. Kattner leistete diesem Befehl nicht Folge, weil er befürchtete, in Rußland ums Leben gebracht zu werden. Nunmehr beschloß der kommunistische Geheimapparat, Kattner durch Fememord zu beseitigen. Die illegale kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hatte die Tat durch Rundschreiben, eine sogen. schwarze Liste, vorbereitet. In dieser schwarzen Liste wurde gegen Kattner und andere Kommunisten zu Gewalttätigkeiten aufgefordert.

Im Zusammenhang mit den in der Sache geführten Ermittlungen sollten vier kommunistische Spitzfunktionäre, die sich schon seit einiger Zeit in Haft befinden, über die Art der Vorbereitung des Fememordes Auskunft geben. Aus diesem Grunde wurden diese vier Kommunisten von Berlin aus zur Staatspolizeistelle Potsdam zu Gegenüberstellungen und Vernehmungen übergeführt.

Auf dem Transport sprangen sie beim Passieren des jogen. Kilometerberges in Wannsee aus dem Kraftwagen, der infolge der Glätte sehr langsam fahren mußte und versuchten, im angrenzenden Waldgelände zu entkommen. Die Polizeibeamten nahmen sofort die Verfolgung der flüchtenden Kommunisten auf. Als diese auf mehrmalige Halt-Rufe nicht standen, sondern ihrerseits gegen die Beamten mit Gewalt vorzugehen versuchten, feuerten diese in ihrer Bedrängnis in pflichtgemäßem Ermessen aus ihren Dienstwaffen auf die Kommunisten, die getroffen zu Boden sanken und bald nach dem Fluchtversuch an ihren Verletzungen starben.

Ein Acriminalassistent ist durch einen von einem Kommunisten erhaltenen Faustschlag im Gesicht erheblich verletzt. Bei den Erschossenen handelt es sich um die Kommunisten John Scheer, Erich Steinfurth, Eugen Schönhaar und Rudolf Schwarz.

Der von kommunistischer Seite verübte Fememord zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die KPD in ihren verbrecherischen Untertaten auch heute vor Norden nicht zurück dreht. Der Tischler Kattner war gerade im Begriff, der Polizei die Mörder der vor einigen Jahren auf dem Bülows-Platz in Berlin ermordeten Polizeioffiziere Anlauf und Lent anzugeben.

## Pariser Ausflüchte

### Frankreichs Aide-mémoire

Das Aide-mémoire der französischen Regierung zu den Forderungen Deutschlands hinsichtlich seiner militärischen Gleichberechtigung ist nunmehr veröffentlicht worden. Einleitend heißt es, durch die dem französischen Botschafter gegebenen Erklärungen und Informationen sei die französische Regierung nunmehr in der Lage, sich zu den verschiedenen Punkten, die bisher zur Sprache gekommen seien, zu äußern.

Die französische Regierung begrüßt die Bereitschaft der Reichsregierung, mit allen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen; diese wären nur insoweit zweckmäßig, als sie, ohne die in Kraft befindlichen Abkommen, namentlich aus dem Locarnovertrag, zu schmälern, neue Sicherheitsgarantien schaffen könnten. „Durch die die Signatarkräften gleichzeitig gegen jede Bedrohung ihrer äußeren Unabhängigkeit und gegen jeden Versuch der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geschützt werden“. Ebenso nimmt die französische Regierung mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Reichsregierung „wenigstens im Prinzip“ einer an Ort und Stelle vorzunehmenden automatischen und periodischen und in ihrer Gegenseitigkeit gleichen Kontrolle zustimme; sie möchte aber wissen, ob Deutschland den im Laufe der letzten Genfer Komitee-Arbeiten — an denen Deutschland leider nicht teilgenommen hat — in Aussicht genommenen Maßnahmen zustimmt. Ueber einen besonders wichtigen Punkt müsse sich aber die französische Regierung in aller Offenheit aussprechen:

„Im gleichen Augenblick, wo das Reich unter Bedingungen, die die Regelung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erleichtern sollten seinen guten Willen versichert, glaubt es, auf dem Gebiet der Rüstungen ein Programm von Forderungen aufstellen zu sollen, das den Grundrissen direkt zuwiderläuft, die die Genfer Konferenz, und zwar mit Zustimmung der deutschen Abordnung selbst, bisher anerkannt hat, und die in der Erklärung der Mächte vom 11. Dezember 1932, auf die die deutsche Regierung gern Bezug nimmt, ausdrücklich ins Auge gefaßt sind. Aus den Angaben, der deutschen Regierung gehe nämlich nicht nur hervor, daß Deutschland die Erhöhung seiner ständigen Truppenzahl auf 300 000 Mann verlange, sondern auch, daß diese Zahl bei weitem noch nicht die Gesamtzahl der Streitkräfte darstellen sollte, über die Deutschland jederzeit verfügen könnte, ohne daß eine Mobilisierungsmassnahme nötig wäre. Denn es komme die beträchtliche Zahl der Polizeikräfte hinzu, deren Charakter als militärische Organisation in den früheren Konferenzerarbeiten anerkannt sei und deren Abschaffung trotz der erheblichen Verstärkung der ständigen Personalbestände, die sich aus dem Programm der Reichsregierung ergäbe, nicht beabsichtigt zu werden scheine. Besonders seien hinzuzurechnen die militärischen Organisationen, die seit der Wadtergreifung des jetzigen Regimes eine Entwicklung und einen Ausbau erfahren hätten, daß sie ein unumgängliches militärisches Problem darstellten. Das Aide-mémoire erklärt weiter, daß die Angehörigen dieser Formationen mindestens zum großen Teil durch Reichswehrkadres ausgebildet, daß sie, wenn auch nicht alle ständig bewaffnet, mindestens in der Handhabung der Kriegswerkzeuge ausgebildet seien, jederzeit zur Verfügung ihrer Führer ständen, jetzt auch Kraftfahrzeugformationen, Kavallerie-Einheiten, ja Panzertrouppen umfassen und ihre Organisation und räumliche Verteilung den Verhältnissen beim Heere genau nachgebildet seien. Die französische Regierung müsse deshalb darauf beharren, daß die Nichtberücksichtigung solcher Formationen bei der Berechnung der Personalbestände einen angemessenen Vergleich zwischen den in Frage kommenden Streitkräften unmöglich mache. Die französische Regierung stelle ferner fest, daß die deutsche Regierung auf dem Gebiete des Kriegsmaterials zu Lande und in der Luft eine bedeutende Aufrüstung sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht verlange. Die in der Erklärung vom 11. Dezember 1932 grundsätzlich anerkannte Gleichberechtigung lege aber in ihrer praktischen und gerechten Verwirklichung eine vorherige Angleichung und Vereinheitlichung der Personalbestände voraus, und Deutschland vertrete selbst die Ansicht, daß mehrere Jahre hierzu nötig seien. Die französische Regierung fordere schließlich eine klare Äußerung über die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Kontrolle wirksam werden soll.“

## Amerikas Meinung

„Angemessener Ausbau der deutschen Landesverteidigung keine Aufrüstung.“

Die amerikanische Regierung studiert mit großer Aufmerksamkeit die inhaltliche Zusammenfassung der britischen Abrüstungsdenkschrift, die der britische Botschafter dem Außenminister Hull übergeben hat. Eine offizielle Stellungnahme der Regierung wird abgesehen, und zwar mit der Begründung, daß die von London und Rom ausgehenden Vorschläge mehr denn je erweisen, daß es sich noch immer um ein rein europäisches politisches Problem handele, um die Einigung zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt. Unter keinen Umständen wollen die Vereinigten Staaten sich in diese Dinge mischen, wenn sie auch dringend hoffen, daß die deutsche und die französische Regierung bald zu einem Kompromiß gelangen möchten.

Offenbar als Wirkung der britischen und der italienischen Stellungnahme ist eine gewisse Verringerung der bisherigen starren ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber einem Ausbau der deutschen Rüstungen zu erkennen. Dem Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros wurde von zuständiger Seite erklärt, daß die Vereinigten Staaten selbstverständlich keinerlei Interesse daran hätten, Deutschland wehrlos zu erhalten. Man würde nur eine Si-

Frankreich erklärt sich zu einer Abänderung des britischen Planes in dem Sinne bereit, daß einer Herabsetzung der französischen Streitkräfte in den ersten Jahren zeitlich eine Umbildung der jetzt bestehenden deutschen Streitkräfte mit dem Ziele des einheitlichen Typs eines Verteidigungsheeres mit kurzer Dienstzeit und beschränkter Truppenzahl parallel läuft; d. h. der Personalbestände, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind. Hinsichtlich des Landkriegsmaterials will Frankreich vom Beginn des Abkommens ab den gegenwärtigen Stand seiner Gefahrrüstungen nicht überschreiten und die Herstellung größerer Kaliber oder höherer Tonnengehalte, als sie allen Staaten gestattet sind, verbieten.

Gleichzeitig wäre die Anwendung und Klarstellung einer auf alle Staaten anwendbaren Kontrolle zu betreiben, die sich auf die Personalstärke wie auf die Herstellung oder Einfuhr von Kriegsmaterial erstrecken würde. In einem zweiten Stadium des Abkommens wäre die allmähliche Abschaffung des über die jetzigen qualitativen Grenzen hinausgehenden Kriegsmaterials vorzunehmen, ferner ebenso allmählich die Steigerung der Zuteilung des erlaubten Kriegsmaterials an die den Militärbestimmungen der Friedensverträge unterworfenen Staaten.

(In dieser Forderung ist also die „Probezeit“, wenn auch unausgesprochen, so doch praktisch, enthalten. Die Red.)

Die französische Regierung ist bereit, die Heereskräfte, Kaliber und Tonnengehalte genau zu beziffern, meint aber, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zur Bestimmung dieser Zahlen allein nicht genügen könne. Schon jetzt sei aber gesagt, daß Frankreich gern in Aussicht nehmen würde, das Kaliber der allen Staaten gestatteten beweglichen Geschütze auf 15 Zentimeter herabzusetzen.

Hinsichtlich der Aufrüstungen erklärt sich Frankreich zum Verbot des Bombenabwurfs unter den in der Entschliebung vom 23. Juli 1932 festgelegten Bedingungen bereit und würde bei einer allgemeinen Herabsetzung der Stärke der hauptsächlichsten Luftflotten und bei einer wirksamen Kontrolle der zivilen Luftfahrt und der Herstellung von Luftfahrtmaterial eine Herabsetzung seines jetzt in Dienst befindlichen Materials um 50 v. H. in Aussicht nehmen. Als Endziel sieht Frankreich immer noch die Abschaffung jeder nationalen und deren Ersetzung durch eine internationale Luftmacht.

Das Aide-mémoire polemisiert dann weiter gegen das angeblische Bestreben der Reichsregierung, bei den Unterhandlungen von der Aufrüstung auszugehen, kritisiert das Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und fügt bekannte Allgemeinbemerkungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung hinzu. Die französische Regierung würde es dennoch bedauern, wenn die diplomatischen Besprechungen, die die deutsche Regierung mehrfach gewünscht habe, nicht weitergeführt werden. Sie begrüßt ferner die Versicherung der Reichsregierung, daß sie jederzeit bereit sei, etwa strittige Fragen zwischen Frankreich und Deutschland auf dem geeigneten Wege gütlich zu regeln, und erklärt, daß sie diese Bestimmung teils. Uebrigens werde eine Prüfung der Fragen, vor denen Deutschland und Frankreich zur Zeit stehen — wo nun, nach dem Ausspruch des Reichstanzlers, zwischen unseren beiden Ländern keine territoriale Forderung mehr besteht — die deutsche Regierung schnell davon überzeugen, daß es sich nicht um französisch-deutsche, sondern um europäische Fragen handele. In diesem Zusammenhang verweist das Aide-mémoire zum Schluß noch einmal ausdrücklich auf den Völkerverbund als die Stelle, wo die Gleichberechtigung, die Deutschland so nachdrücklich fordere, ihre praktische Anwendung finde.

## Veröffentlichung der deutschen Denkschrift

Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird die feinerzeit an den französischen Botschafter Francois-Poncet übergebene Denkschrift der deutschen Regierung am Sonnabend veröffentlicht werden.

situation bedauert haben, die Frankreich zu dem Entschluß gebracht hätte, seine bereits so starke Rüstung noch weiter zu steigern. Sollte sich also eine Lösung finden lassen, die Deutschlands Wünsche auf einen angemessenen Ausbau seiner Landesverteidigung erfüllt und gleichzeitig Frankreich veranlaßt, seine Rüstung nicht zu vergrößern, so würde das in Washington nicht als Aufrüstung Deutschlands aufgefaßt werden.

Zur Frage des Ausbaues der amerikanischen Kriegsflotte wurde erklärt, Amerika habe 1921 freiwillig den größten Teil seiner Kriegsflotte zerstört und jahrelang nicht einmal die Ersatzbauten ausgeführt, die im Washingtoner und im Londoner Flottenpakt zur Erhaltung des Verhältnisses 5:5:3, England, Amerika, Japan, vorgesehen waren. Jetzt nahe die nächste Flottenkonferenz heran. Es bestehe die Möglichkeit, daß der Vertrag nicht erneuert werde, oder daß das Verhältnis Amerika—England—Japan von Japan nicht mehr weitergeführt werde. England und Japan hätten im Rahmen der Flottenpakte ihre Kriegsflotten ausgebaut und besäßen außerdem mehr Hilfskriegsschiffe als die Vereinigten Staaten. Es sei daher hohe Zeit, das Versäumte nachzuholen, damit beim Ablauf der gegenwärtigen Flottenpakte Amerika wenigstens einigermaßen den Stand halte, den die Pakte ihm zugesprochen hätten.